



Antrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Vertrauen und Akzeptanz stärken – Entwicklung des Digitalen Euro konstruktiv begleiten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt grundsätzlich den Vorschlag der EU-Kommission, mit dem digitalen Euro für alle Bürgerinnen und Bürger ein EU-weit einheitlich einsetzbares und digitales Zahlungsmittel zu schaffen. Dieses digitale Zahlungsmittel soll von allen Bürgerinnen und Bürgern, ähnlich wie Bargeld, kostenfrei genutzt werden können. Bei Offlinenutzung soll es das gleiche Anonymitätsniveau wie Bargeld bieten.

Darin liegt die Chance, die Souveränität und Unabhängigkeit der EU beim Zahlungsverkehr zu stärken sowie die digitale und finanzielle Teilhabe der EU-Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Darüber hinaus kann es für den Einzelhandel eine kostengünstige Alternative zur Zahlungsabwicklung sein.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich im weiteren Konsultationsprozess zum EU-Vorschlag weiter für die folgende Punkte einzusetzen:

- Mehr Transparenz im Verfahren zur Entwicklung des digitalen Euro
- Eine bessere Einbindung der politischen Gremien auf nationaler Ebene in die Entscheidungsprozesse zur Ausgestaltung des digitalen Euro
- Stärkung der Akzeptanz bei Verbraucherinnen und Verbrauchern durch transparente Informationen hinsichtlich des Mehrwerts
- Die Sicherstellung möglichst umfassender Anonymität von Transaktionen mit dem digitalen Euro, wenn er offline genutzt wird

- Unterstützungsmaßnahmen zur finanziellen und digitalen Inklusion von Personengruppen wie Menschen mit Behinderung, funktionalen Einschränkungen oder begrenzten digitalen Fähigkeiten
- Die Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Stabilität der Finanzmärkte im Zuge der Einführung des digitalen Euro
- Die Sicherung einer weiterhin guten Kreditfähigkeit von Kreditinstituten auch im Falle der Einführung des digitalen Euro
- Ein transparentes, faires und praktikables Entgeltsystem für Privatpersonen, Handel und Intermediäre

Der Landtag begrüßt, dass EU-Kommission und EZB klare Aussagen getroffen haben, dass Bargeld durch den digitalen Euro nicht ersetzt wird und die Kommission dazu einen Legislativvorschlag eingebracht hat, mit dem der Zugang zu und die Akzeptanz von Bargeld als gesetzlichem Zahlungsmittel EU-weit auch zukünftig gesichert wird. Der Landtag schließt sich der Auffassung an, dass Bargeld auch zukünftig eine wesentliche Rolle als gesetzliches Zahlungsmittel einnehmen wird.

Begründung:

Mit der Entwicklung des digitalen Euro nimmt die Digitalisierung des Zentralbankgeldes Fahrt auf. Der nun vorgelegte Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission ist ein großer Schritt auf diesem Pfad. Im Zuge der kommenden Beratungen des Verordnungsentwurfs ist eine ausführliche politische und gesellschaftliche Diskussion zur Ausgestaltung und zu den Wirkungsweisen des digitalen Euro zu führen.

Vielfach taucht in der Diskussion um den digitalen Euro die Befürchtung auf, dass mit der Einführung das Bargeld als anonymes gesetzliches Zahlungsmittel an Bedeutung verlieren wird und dieses verschwinden soll. Die Europäische Kommission hat mehrfach bekräftigt, dass Bargeld weiterhin seine Funktion behalten soll und ein Auslaufen von Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel nicht geplant ist. Diese klare Positionierung befürwortet der Landtag ausdrücklich.

Bargeld genießt in der Gesellschaft eine hohe Akzeptanz. Für den Landtag ist daher klar, dass die Einführung des digitalen Euro Bargeld nicht ablöst, sondern dass der digitale Euro als Zahlungsmittel zukünftig komplementär zu Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel genutzt werden kann.

Die Anonymität von Transaktionen, insbesondere wenn sie offline getätigt werden, muss sehr hoch gewichtet werden. Andernfalls könnte die Akzeptanz des digitalen Euro in der Bevölkerung darunter leiden.

In der Kreditwirtschaft besteht teils die Sorge, dass durch die Einführung des digitalen Euro Einlagen von den Geschäftsbanken abgezogen werden könnten. Dies könnte zu einer verminderten Fähigkeit zur Vergabe von Krediten führen. Diese

sowie mögliche andere negative Auswirkungen auf die Stabilität der Finanzmärkte sind bei der weiteren Ausgestaltung des digitalen Euro zu berücksichtigen.

Michel Deckmann
und Fraktion

Oliver Brandt
und Fraktion